Verhandlungsschrift

über die

30. öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 26. April 2007 im Haus der Musik der Marktgemeinde Gunskirchen.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.35 Uhr

ANWESENDE

Die Gemeindevorstandsmitglieder:

1. Bgm. Karl Grünauer	4. GV Heinrich Sammer
2. Vbgm. Josef Sturmair	5. GV Mag. Karoline Wolfesberger
3. GV Dr. Franz Loizenbauer	6. GV Dr. Josef Kaiblinger

Die Gemeinderatsmitglieder

7. Siegfried Wambacher	17. Johann Luttinger
8. Christine Pühringer	18. Dr. Gustav Leitner
9. Simon Zepko	19. Klaus Hanis
10. Mag. Peter Reinhofer	20. Elisabeth Klein
11. Maximilian Feischl	21. Arno Malik
12. Ingrid Mair	22. Walter Block
13. Ursula Buchinger	23. Josef Wimmer
14. Michael Seiler	24. Nicole Fillip
15. Karl Gruber	25. Iris Mayrhuber
16. KommR Helmut Oberndorfer	
26. Ersatzmitglied f. Vbgm. Friedrich Nagl	Johann Egerer
27. Ersatzmitglied f. GR Helga Ehmail-Breitwieser	Silvia Adami
28. Ersatzmitglied f. GR Walter Olinger	Jürgen Weidinger
29. Ersatzmitglied f. GR Christoph Erwin Bachler	David Rückel
30. Ersatzmitglied f. GR Franz Hochholdt	Barbara Knoll
31. Ersatzmitglied f. GR Johann Eder	Anna Kogler

Die Ersatzmitglieder der SPÖ-Fraktion Augustin Diensthuber, Gerhard Füssel, Helmut Roithner, Ing. Wolfgang Zauner, Franz Werndl, Franz Matouschek, Adelheid Löberbauer, Monika Böhm und Walter Nöstlinger sind entschuldigt ferngeblieben.

Die Ersatzmitglieder der ÖVP-Fraktion Mag. Hermann Mittermayr, Annette Maria Freimüller, Gregor Karl Swoboda, Walter Erbler, Ing. Franz Lidauer, Gerhard Lindinger, Gerhard Rückel, Franz Fuchsberger, Heinz Schubert, Andreas Mittermayr, Isabella Bucher, Gerald Huemer, Hubert Altenhofer, Mag. Michael Rüdiger Hirschbrich, Mario Baumüller, Friedrich Stinglmayr, Manuela Seyrl, Ing. Roman Oberndorfer und Andreas Wolfgang Lehrbaumer sind entschuldigt ferngeblieben.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom Bürgermeister einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß des vorliegenden Sitzungsplanes mittels Rsb am 7. Februar 2007 und die Bekanntgabe der Tagesordnung am 19. April 2007 an alle Mitglieder erfolgt ist,
- c) die Abhaltung der Sitzung gemäß § 53, Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 kundgemacht wurde,
- d) die Abstimmung per Handerhebung erfolgt,
- e) die Beschlussfassung gegeben ist.

Der Vorsitzende bestimmt Herrn Karl Zwirchmair als Schriftführer. Sodann weist er darauf hin, dass

- a) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung gemäß § 54 Abs. 4 der OÖ. GemO. 1990 im Gemeindeamt zur Einsicht für die Mitglieder des Gemeinderates auflag,
- b) den Fraktionen rechtzeitig eine Abschrift der Verhandlungsschrift der letzten Sitzung zugestellt wurde,
- c) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung während der Sitzung zur Einsichtnahme aufliegt und es den Mitgliedern des Gemeinderates freisteht, gegen den Inhalt der letzten Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich Einwendungen zu erheben,
- d) der Gemeinderat über eventuelle Anträge auf Abänderung der Verhandlungsschrift am Schluss der Sitzung zu beschließen hat.

Dringlichkeitsantrag

× Beitritt zu einer Leaderregion im Bezirk Wels-Land – Grundsatzbeschluss

Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Tagesordnung:

1. Bebauungsplan Nr. 24 „Kreuzpoint 2“ – Änderung Nr. 1
Ansuchen der Fa. Formatwerk GmbH., Wallackstraße 3, Gunskirchen vom 12.03.2007, auf Änderung des Bebauungsplanes im Bereich der Grundstücke Nr. 744 und 256/7, je KG. Straß, betreffend der Erweiterung des Produktions- und Logistikbereiches
2. Rechnungsabschluss 2006
Geschäftsbericht der VFI & Co KEG
Prüfungsausschuss – Bericht über die Sitzung am 26. März 2007
3. Einhebung eines Infrastrukturbeitrages für Neuwidmungen
4. Allfälliges

**1. Bebauungsplan Nr. 24 "Kreuzpoint 2" - Änderung Nr. 1
Ansuchen der Fa. Formatwerk GmbH., Wallackstraße 3, Gunskirchen vom
12.03.2007, auf Änderung des Bebauungsplanes im Bereich der
Grundstücke Nr. 744 u. 256/7, je KG. Straß, betreffend der Erweiterung des
Produktions- u. Logistikbereiches**

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Der Bebauungsplan Nr. 24 „Kreuzpoint 2“ soll über Antrag der Fa. Formatwerk GmbH., vom 12.03.2007 im Bereich der Parzellen Nr. 744 u. 256/7, je KG. Straß abgeändert werden.

Der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 24 legt für gegenständlichen Bereich die Baufluchtlinien sowie die maximale Traufenhöhe mit 14,0 m fest.

Damit die geplante Erweiterung des Betriebes Formatwerk GmbH. für Produktions- u. Logistikzwecke möglich ist, soll der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 24 „Kreuzpoint 2“ entsprechend abgeändert werden. Im Wesentlichen ist die Errichtung eines Hochregallagers mit einer nun maximalen Höhe von 25,0 m (vorerst geplant 36,0 m), eines weiteren erhöhten Hallenteiles mit 18,0 m Höhe sowie eine geringfügige Erweiterung der im Bebauungsplan ausgewiesenen Baufläche in Richtung Nordosten (Bebauung Schillerstraße) vorgesehen. Die geplante Betriebserweiterung umfasst insgesamt eine Grundfläche von ca. 12.500 m². Das geplante Hochregallager und der erhöhte Hallenteil nehmen davon eine Grundfläche von ca. 4.250 m² ein und liegen in etwa inmitten der bebaubaren Fläche. Durch die geplante Höhe wird dies sicherlich ein nicht unwesentlicher markanter Baukörper für die Landschaft und die umliegende Wohnbebauung. Siehe dazu auch die vorliegenden Projektunterlagen im Entwurf.

Das geplante Bauvorhaben soll in mehreren Ausbaustufen realisiert werden und dient zur mittel- bis langfristigen Standortabsicherung des Formatwerkes.

Es entstehen bis zum Zeitpunkt des Endausbaues auch ca. 100 zusätzliche Arbeitsplätze.

Veränderungen bzw. mögliche Beeinträchtigungen für die Nachbarn im Nordosten und Südwesten ergeben sich durch:

- heranrückende Bebauung in Richtung Schillerstraße durch Ausnutzung und geringfügige Erweiterung der im rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 24 ausgewiesenen bebaubaren Flächen in der Höhe von ca. 14,5 m über gewachsenem Gelände sowie durch das geplante Hochregallager mit einer Höhe von max. 25,0 m
- Veränderung der Beschattungssituation für die Grundstücke entlang der Schillerstraße durch die heranrückende Bebauung
- Lärmemissionen durch den Verladehof an der Südost Seite
- Lärmemissionen durch einen zusätzlichen LKW - Verkehr (derzeit ca. 15 LKW/Tag, künftig ca. 40 LKW/Tag)

In die Projektentwicklung wurden auch die Nachbarn von Beginn an miteinbezogen. Diesbezüglich fanden bereits mehrere Gesprächsrunden, die letzte am 23.04.2007, statt. Die Hauptbefürchtungen der Nachbarn sind im Wesentlichen die Beschattung durch die nunmehr heranrückende Bebauung und des Hochregallagers auf Grund der bestehenden und geplanten Höhen sowie die Lärmimmissionen durch den Verladehof und den steigenden Verkehrslärm auf der Wallackstraße insgesamt und im Besonderen im Bereich der Betriebszufahrt.

Dazu ist von fachlicher Seite folgendes auszuführen:

Lärm:

Hinsichtlich einer möglichen Beeinträchtigung durch Lärmemissionen wurde vom Sachverständigenbüro TAS-SV GmbH. ein schalltechnisches Projekt mit Datum vom 04.04.2007, GZ: 05-0410T erstellt, welches im Wesentlichen nachstehende Maßnahmen beschreibt:

Errichtung eines Erdwalles im Bereich der südöstlichen Betriebsgrundstücksgrenze (Richtung Schillerstraße) mit einer Höhe von 5,0 m über Anrainerniveau zur Abschirmung gegen Lärmemissionen vom künftigen Ladehof. Des Weiteren die Errichtung eines Erdwalles im Bereich der westlichen Betriebsgrundstücksgrenze, entlang der Wallackstraße, mit einer Gesamthöhe von 4,5 m sowie die Errichtung einer Lärmschutzwand mit einer Höhe von 4,0 m im Bereich der Betriebszufahrt überschneidend mit dem errichteten Erdwall. Zusätzlich wird ausgeführt, dass die Schallschutzwand ein mindesterforderliches Bauschalldämmmaß von $R_w=25$ dB aufweisen muss und die Schallschutzwand beidseitig hochabsorbierend auszuführen ist.

Beschattung:

Betreffend der Beschattung wurde ein Gutachten seitens des Büro DI Wenter & DI Auzinger, mit Datum vom 19.03.2007, GZ: 5171/06, erstellt. Hierbei wurde die mögliche Veränderung der Beschattung durch das geplante Bauvorhaben mit der derzeit zulässigen Bebauung des rechtswirksamen Bebauungsplanes Nr. 24 „Kreuzpoint 2“ untersucht. Dabei wird ausgeführt, dass in der Zeit zwischen Anfang April und Anfang September in keinem der Beobachtungspunkte zusätzlicher Schatten (ausgehend von der jetzt lt. Bebauungsplan möglichen Bebauung) zu erwarten ist. Für die Grundstücke Schillerstraße 1 – 3 und 10 – 12 entsteht ganzjährig keine zusätzliche Beschattung. Die maximale Beschattung liegt unter dreiviertel Stunden am Tag für weniger als 5 Monate im Winterhalbjahr. Darüber hinaus ist zu beachten dass auf Grund der meteorologischen Gegebenheiten die Anzahl der Sonnenstunden im Winter eingeschränkt ist.

Verkehrsführung u. Maßnahmen zum Lärmschutz in der Wallackstraße:

Zur Vermeidung von zusätzlichem Verkehrslärm auf der Wallackstraße durch die Betriebserweiterung wurde vom Büro DI Kleiner ein Lösungsvorschlag zur Entflechtung des Siedlungsverkehrs (Wallackstraße, Semmelweisstraße, Sauerbruchstraße, etc.) und des Betriebsverkehrs (Zu- u. Ablieferverkehr Fa. Formatwerk GmbH.) erstellt. Dieser sieht eine Durchfahrtsmöglichkeit auf der Wallackstraße von der Welser Straße zur B1 Wiener Straße hinkünftig nicht mehr vor. Stattdessen entstehen durch die Errichtung von baulichen Maßnahmen 2 Sackgassen. Von der Welser Straße ist daher lediglich ein Zu- u. Abfahren bis zur Sauerbruchstraße möglich. Über diesen Straßenabschnitt soll schließlich nur mehr die Wohnsiedlung bzw. die südlich der Welser Straße gelegenen Grundstücke aufgeschlossen werden. Im Bereich des Formatwerkes soll das Profil der Wallackstraße im Bebauungsplan auf den Bestand reduziert werden.

Von der B1 Wiener Straße sollen hinkünftig lediglich die Betriebsliegenschaften aufgeschlossen werden. Ein Zu- u. Abfahren zur Fa. Formatwerk GmbH. ist somit für An- u. Ablieferer sowie für Mitarbeiter nur mehr über die B1 Wiener Straße möglich. Gegenständliche Verkehrsführung wurde auch bereits von der Verkehrsbehörde BH-Wels-Land begutachtet und grundsätzlich als anzustrebenden Lösungsvorschlag begrüßt. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass im Kreuzungsbereich Wallackstraße / B1 Wiener Straße ein Linksabbiegestreifen sowie ein Verzögerungsstreifen für Rechtsabbieger auf der B1 Wiener Straße hergestellt werden soll um ein größtmögliches Maß an Verkehrssicherheit erreichen zu können.

Hinsichtlich einer möglichen Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Welser Straße durch die Schließung der Wallackstraße als Verbindungsglied zwischen der B1 Wiener Straße und der Welser Straße, wird seitens des Büro DI Kleiner ausgeführt, dass auf Grund der

künftigen Trennung zwischen Siedlungs- u. Betriebsverkehr mit keiner Mehrbelastung zu rechnen sein wird.

Bebauung:

Hinsichtlich der künftigen Bebauung wird ausgeführt, dass lt. rechtswirksamen Bebauungsplans, eine Bebauung bis ca. 20,0 m an die südöstliche Grundgrenze mit einer Höhe von 14,0 m möglich wäre. Der nunmehr vorliegende Projektsentwurf weist im dortigen Randbereich auch zum Teil Unterschreitungen der möglichen Höhen auf ca. 11,0 m aus. Lediglich das Stiegenhaus und das Kartonlager sollen in 14,0 m Höhe hergestellt werden. Durch die rückspringenden bzw. abgestuften Gebäudekörper wird somit die künftige Beeinträchtigung für die unmittelbare Nachbarschaft zum Teil entschärft. Dies wird auch im vorgenannten Beschattungsgutachten festgehalten.

Anzuführen ist, dass im südöstlichen Bereich (künftiger Stiegenhausbereich u. Halle 2) die Baufluchtlinien geringfügig erweitert werden soll und die Gebäudehöhen sich anstatt auf das gewachsene Gelände künftig auf die bestehende Fußbodenhöhe $\pm 0,00$ beziehen sollen.

Abschließend wird des Weiteren festgehalten, dass auch ohne Bebauungsplan, sämtliche Abstandsbestimmungen nach dem Oö. Bautechnikgesetz eingehalten werden bzw. nicht zur Gänze ausgeschöpft würden.

Zusätzlich soll der Bebauungsplan Nr. 24 auch an den aktuellen Stand des Flächenwidmungsplanes Nr. 6/2001, hinsichtlich des ausgewiesenen Trenngrünstreifens zwischen der Stiflersiedlung und dem Betriebsareal, angepasst werden.

Ein diesbezüglicher Änderungsplan Nr. 1 zum Bebauungsplan Nr. 24 „Kreuzpoint 2“ sowie eine Stellungnahme des Ortsplaners vom 17.04.2007 liegen gemäß Anlage vor.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass bei Umsetzung sämtlicher Maßnahmen grundsätzlich keine zusätzliche unzumutbare Beeinträchtigung der Nachbarn gegenüber dem derzeitigen Rechtsstand des Bebauungsplanes bzw. Flächenwidmungsplanes zu erwarten ist. Auch ist gegenständliche Änderung des Bebauungsplanes im öffentlichen Interesse gelegen, zumal durch die geplante Betriebserweiterung eine mittel- bis langfristige Standortabsicherung des Formatwerkes gegeben ist und werden bis zum Zeitpunkt des Endausbaues auch ca. 100 zusätzliche Arbeitsplätze in Gunskirchen entstehen.

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19.04.07 mit gegenständlichem Projekt und der damit in Verbindung stehenden Bebauungsplanänderung ebenfalls befasst und empfiehlt dem Gemeinderat das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 24 „Kreuzpoint 2“, unter den im Bericht angeführten Prämissen, einzuleiten.

Wechselrede

GR Malik sagt, er verstehe das Formatwerk, dass sie Interesse habe das Firmenareal zu erweitern und die Firma sei den Wünschen der Anrainer auch weit entgegen gekommen. Andererseits verstehe er auch die Ängste der Anrainer, denn ein Schönheitsprojekt werde dort nicht entstehen. Er finde, dass Verkehrsproblem sei vermutlich das geringere, da er eine Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation sehe. Die Beschattung sei ein eigenes Kapitel, welches schwer abzuwiegen sei. Seine Fraktion werde der Einleitung des Verfahrens die Zustimmung erteilen.

GR Zepko schließt sich den Worten seines Vorredners an. Er entnimmt dem Schreiben der Bürgerinitiative, dass es in vielen Punkten ein Entgegenkommen seitens des Formatwerkes gegeben habe.

Vbgm. Sturmair schließt sich ebenfalls der Meinung seiner Vorredner an. Er finde, dass durch die Abstufung der Höhen gegenüber dem ursprünglichen Projekt keine Nachteile hinsichtlich der Beschattung der Grundstücke gegenüber dem derzeitigen Zustand entstehen werden. Hinsichtlich der Verkehrslösung denkt er, es wurde eine Verbesserung geschaffen, mit der vermutlich nicht einmal die Anrainer gerechnet haben. Es werde keine Lösung geben, die jedem zu 100 % entspreche, dennoch glaube er es sei ein Projekt erarbeitet worden, welches allen Seiten gerecht werden könne. Deshalb werde auch er der Einleitung des Verfahrens zustimmen.

GR Zepko findet den Vorschlag des Ortsplaners gut, die Höhen mittels Ballons anzuzeigen um das ganze transparenter zu machen.

Antrag: (Bgm. Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Dem Antrag der Fa. Formatwerk GmbH., vom 12.03.2007, betreffend der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 24 „Kreuzpoint 2“, gemäß der im Bericht vorangeführten und näher umschriebenen Bau-, Verkehrs- u. Schutzmaßnahmen wird stattgegeben und das Verfahren zur Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 24 „Kreuzpoint 2“ gemäß den Bestimmungen des § 33 in Verbindung mit § 36 Oö.ROG 1994 idgF., auf Grundlage des Bebauungsplanentwurfes Nr. 24.1 vom 17.04.2007, des Beschattungsgutachtens vom 19.03.2007 - GZ: 5171/06, des schalltechnischen Gutachten vom 04.04.2007 - GZ: 05-0410T und der vorliegenden Verkehrslösung des Büro DI Kleiner, eingeleitet. Gegenständliche Änderung ist durch die Standortabsicherung und den Ausbau eines bestehenden Betriebes im öffentlichen Interesse gelegen. Die Kosten zur Änderung des Bebauungsplans sind vom Antragsteller zu tragen.“

Beschlussergebnis: einstimmig

2. Rechnungsabschluss 2006 Geschäftsbericht der VFI & Co KEG Prüfungsausschuss-Bericht über die Sitzung am 26. März 2007

Bericht: GV Mag. Karoline Wolfesberger

Am 26. März 2007, 18.00 Uhr fand eine Sitzung des Prüfungsausschusses statt, bei der der Rechnungsabschluss 2006 im Sinne des § 91 der OÖ. GemO 1990 auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geprüft wurde.

Der Rechnungsabschluss war im Sinne des § 92 Abs. 4 der OÖ. GemO 1990 in der Zeit vom 27. März bis 12. April 2007 öffentlich kundgemacht. Innerhalb dieser Auflagefrist wurden gegen den Rechnungsabschluss des ordentlichen Haushaltes sowie gegen die Vermögens- und Schuldenrechnung 2006 keine schriftlichen Erinnerungen beim Marktgemeindeamt eingebracht. Spätestens mit der öffentlichen Auflage ist eine Ausfertigung des Rechnungsabschlusses jeder Fraktion, jedem Mitglied des Prüfungsausschusses und auf Antrag jedem sonstigen Mitglied des Gemeinderates zu übermitteln.

Aufgrund des Gesellschaftsvertrages ist die VFI & Co KEG verpflichtet, binnen 5 Monaten nach Beendigung des Geschäftsjahres einen Rechnungsabschluss für das vergangene Jahr aufzustellen. Darüber hinaus haben die Prüfungsorgane der Marktgemeinde Gunskirchen, Aufsichtsbehörde und sonstiger Kontrollorgane die Berechtigung in die Buchhaltung Einsicht zu nehmen.

Den Mitgliedern des Gemeindevorstandes, des Prüfungsausschusses sowie den Fraktionsobmännern wurde der Bericht zum Rechnungsabschluss samt Rechnungsabschluss 2006 sowie der Geschäftsbericht der VFI & Co KEG samt Jahresabschluss zugestellt. Zusätzlich erhielt jeder Gemeinderat einen umfassenden Bericht zum Rechnungsabschluss 2006 und einen Geschäftsbericht der VFI & Co KEG. Darin sind die wesentlichen Ergebnisse des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes sowie der Vermögens- und Schuldenrechnung 2006 enthalten.

Das Ergebnis (Verhandlungsschrift – Prüfungsausschuss) wurde dem Bürgermeister und der Finanzreferentin im Sinne des § 91 der OÖ. GemO 1990 zur Kenntnis gebracht.

GV Mag. Karoline Wolfesberger bringt den Bericht des Prüfungsausschusses zur Verlesung (siehe Anlage)

Wechselrede

GR Dr. Leitner sagt, das vorgelegte Werk sei hervorragend obwohl einzelne Zahlen und Positionen enthalten seien, die seiner Fraktion nicht entsprechen. Sie werden dennoch dem Antrag zustimmen.

Antrag: (GV Mag. Wolfesberger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„1. Der Rechnungsabschluss des ordentlichen Haushaltes 2006 schließt mit Einnahmen von € 13.666.228,20 und Ausgaben von € 13.656.675,18, sodass sich ein Sollüberschuss in der Höhe von € 9.553,02 ergibt.

Der außerordentliche Haushalt 2006 schließt mit Einnahmen von € 3.035.560,64 und Ausgaben von € 4.055.018,67, sodass sich ein Sollfehlbetrag in der Höhe von € 1.019.458,03 ergibt.

Die Vermögens- und Schuldenrechnung für das Haushaltsjahr 2006 wird ebenfalls zur Kenntnis genommen.

- 2. Der Bürgermeister wird ermächtigt gemäß Gesellschaftsvertrag, in der Gesellschafterversammlung den Geschäftsbericht (Rechnungsabschluss) der VFI & Co KEG zu bewilligen.**

Dieser Geschäftsbericht sieht Einnahmen- Ausgabenrechnung 2006 mit Einnahmen von € 201.404,17 und Ausgaben von € 201.404,17 vor.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Verlust von € 55.276,61.

Durch den Gesellschafter Marktgemeinde Gunskirchen wurde ein Gesellschafterzuschuss von € 5.026,58 eingebracht.

Der Projekthaushalt sieht Einnahmen von € 1.648.495,40 und Ausgaben von € 1.713.849,34 vor.

Die Bilanz weist eine Bilanzsumme von € 5.580.719,20 auf und ist aktiv – und passivseitig ausgeglichen.

Der Geschäftsbericht samt Jahresabschluss 2006 wird zur Kenntnis genommen.

- 3. Der Bericht des Prüfungsausschusses über das Ergebnis der Sitzung vom 26. März 2007 wird zur Kenntnis genommen.“**

Beschlussergebnis: einstimmig

3. Einhebung eines Infrastrukturbeitrages für Neuwidmungen

Bericht: GV Dr. Josef Kaiblinger

Neue Baulandwidmungen sowie Sonderausweisungen im Grünland erfordern bzw. erforderten für die folgenden Bebauungen oder Nutzungen meist umfangreiche Auf- und Erschließungsmaßnahmen.

Die Einnahmen aus den Anschlussgebühren und der Verkehrsflächenbeiträge decken die Kosten für die erforderlichen bzw. getätigten Baumaßnahmen durchschnittlich nur zu 40 % ab. Dies geht auch aus den diesem Bericht angeschlossenen Berechnungen hervor.

Zur Mitfinanzierung der ungedeckten Kosten für die Herstellung der Infrastrukturmaßnahmen (wie zum Beispiel: Kanal, Wasser, Straße einschließlich Oberflächenentwässerungsmaßnahmen, Kabel-TV u. Straßenbeleuchtung) soll hinkünftig für neugewidmete Flächen (Grundstücke und Grundstücksteile) neben den Aufschließungsbeiträgen, den tatsächlichen Anschlussgebühren sowie des Verkehrsflächenbeitrages ein Infrastrukturbeitrag eingehoben werden.

Gegenständlicher Beitrag soll wie folgt festgelegt werden:

Bruttofläche der neugewidmeten Flächen	Beitragshöhe pro m ²
bis 1.000 m ²	€ 0,-
über 1.000 – 5.000 m ²	€ 5,-
über 5.000 – 10.000 m ²	€ 10,-
über 10.000 m ²	€ 12,50,-

Der Infrastrukturbeitrag ist künftig ab Rechtswirksamkeit der Neuwidmung fällig und soll als einmaliger Beitrag zur Vorschreibung gelangen. Abgabepflichtig ist der zum Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit der Widmung des Grundstückes bzw. Grundstücksteils jeweilige grundbücherliche Eigentümer.

Mit den jeweiligen Widmungswerbern bzw. grundbücherlichen Eigentümern sollen künftig entsprechende Vereinbarungen vor Einleitung des Verfahrens zur Überprüfung oder Änderung des Flächenwidmungsplanes zum Zwecke der Neuwidmung von Bauland oder einer Sonderausweisung im Grünland getroffen werden.

Bei einer Widmungsänderung zwischen einem Bauland und einer Sonderausweisung im Grünland soll ebenfalls ein Infrastrukturbeitrag zur Einhebung gelangen, sofern für die betreffenden Grundstücke und Grundstücksteile noch kein Beitrag entrichtet wurde. Ebenso sollen bei der Berechnung der Höhe des Infrastrukturbeitrages eventuelle Mehrfachanträge eines Antragstellers innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren, Berücksichtigung finden. Die Widmungsflächen sollen in diesem Fall addiert und der Betrag aufgerollt bzw. Neuberechnet werden.

Der Raumordnungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 12.04.2007 der Einhebung eines Infrastrukturbeitrages, gemäß vorangeführten Bestimmungen, mehrheitlich zugestimmt. Ergänzend wird seitens des Amtes empfohlen, dass eine Vorschreibung im Grünland nur für Sonderausweisungen nach den Bestimmungen des Oö. Raumordnungsgesetz 1994 idGF. im Sinne des § 30 Abs. 3 Z. 1, 2 u. 3 sowie Abs. 4 ausgenommen Neuaufforstungsgebiete und die gesonderte Ausweisung für den Neu- od. Umbau von Stallungen von landwirtschaftlichen Nutztieren in einer Entfernung von 300 m von Wohngebieten, erfolgt.

Die Einnahmen aus dem Infrastrukturbeitrag sollen für die Herstellung von Infrastrukturmaßnahmen (Kanal, Wasser, Straße einschließlich Oberflächenentwässerungsmaßnahmen, Ka-

bel-TV u. Straßenbeleuchtung) zweckgebunden verwendet werden. Entsprechend den Berechnungen der Herstellungskosten ergibt sich dafür folgender Aufteilungsschlüssel: Kanal einschließlich der anteiligen Oberflächenentwässerung 35 %, Straße 35 %, WAV 12 %, Straßenbeleuchtung 12 % und Kabel-TV 6%.

Wechselrede

GR Dr. Leitner meint, die Einhebung sei verständlich aber auch eine neuerliche Belastung. Man solle mit Neuwidmungen sparsamer umgehen, sofern im Zentrum noch gewidmete und aufgeschlossene Flächen vorhanden seien. Er könne sich noch an eine Umwidmung erinnern, wo die Gemeinde für die Aufschließung einen Kredit aufnehmen musste. Fakt sei, dass es ausreichend gewidmetes und aufgeschlossenes Bauland gebe, welche brach liege und der Bedarf an Neuwidmungen nicht gegeben sei.

GV Dr. Kaiblinger entgegnet, würde man mit Widmungen sparsamer umgehen, würde dies die Grundpreise erhöhen. Ein größeres Angebot sollte die Grundpreise zum Fallen bringen.

GR Zepko erinnert an die Grundstücke an der Fliederstraße, welche ziemlich rasch gebaut wurden und die Marktgemeinde bei der Aufschließung unter Zugzwang stand.

Antrag: (GV Dr. Josef Kaiblinger)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Zur Finanzierung der ungedeckten Kosten für die Herstellung von Infrastrukturmaßnahmen (wie zum Beispiel: Kanal, Wasser, Straße einschließlich Oberflächenentwässerungsmaßnahmen, Kabel-TV u. Straßenbeleuchtung) wird mit sofortiger Wirkung für Baulandneuwidmungen oder Sonderausweisungen im Grünland (eingeschränkt auf die Nutzungen laut Bericht) ein Infrastrukturbeitrag in Höhe von

€ 0,00/m ²	für eine Fläche bis 1.000 m ²
€ 5,00/m ²	für eine Fläche über 1.000 –5.000 m ²
€ 10,00/m ²	für eine Fläche über 5.000 – 10.000 m ²
€ 12,50/m ²	für Flächen über 10.000 m ²

eingehoben. Der Infrastrukturbetrag ist bei Rechtswirksamkeit der Neuwidmung von Bauland oder einer Sonderausweisung im Grünland fällig. Abgabepflichtig ist der zum Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit der neuen Widmung des Grundstückes bzw. Grundstücksteils jeweilige grundbücherliche Eigentümer. Bei einer Widmungsänderung zwischen einem Bauland und einer Sonderausweisung im Grünland wird ebenfalls ein Infrastrukturbeitrag erhoben, sofern für die betreffenden Grundstücke und Grundstücksteile noch kein Beitrag entrichtet wurde. Ebenso führen Mehrfachanträge eines Antragsteller innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren zu einer Neuberechnung des Infrastrukturbeitrages. Die Widmungsflächen werden in diesen Fällen addiert und die Beiträge aufgerollt bzw. Neuberechnet. Die Einnahmen aus den Infrastrukturbeiträgen werden für die Herstellung von Infrastrukturmaßnahmen (gemäß dem im Bereich angeführten Aufteilungsschlüssel) zweckgebunden verwendet.“

**Beschlussergebnis: 30 JA-Stimmen
1 Stimmenthaltung (GR Klaus Hanis)**

DRINGLICHKEITSANTRAG

Beitritt zu einer Leaderregion im Bezirk Wels-Land - Grundsatzbeschluss

Bericht: Bürgermeister Karl Grünauer

Derzeit gibt es in Oberösterreich 11 Leaderregionen die insgesamt 158 Gemeinden und etwa 353.000 Einwohner umfassen. Leaderprogramme werden von Seiten der Europäischen Union gefördert und erstrecken sich immer über einen gewissen Zeitraum. Das kommende Leaderprogramm wird sich auf den Zeitraum von 2007 bis 2013 erstrecken.

Schwerpunkt des Programms von 2007 bis 2013 ist die ländliche Entwicklung.

Leaderregionen stellen immer klar abgegrenzte Gebiete (Zusammenschlüsse von Gemeinden) die geographisch, wirtschaftlich und sozial homogene Einheiten bilden, dar.

Grundsätzlich können alle Gemeinden des gesamten Bundesgebietes daran teilnehmen, außer es handelt sich um Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern. Mindestens muss eine Leaderregion 5.000 Einwohner, maximal 150.000 Einwohner umfassen.

Die für die Leaderregionen in OÖ. zur Verfügung stehenden Mittel werden für die Jahre 2007 bis 2013, € 83,44 Mio. betragen, wovon knapp € 17 Mio. vom Land OÖ., € 25 Mio. vom Bund und annähernd € 42 Mio. durch die EU bereitgestellt werden.

Umgesetzt werden Projekte durch lokale Aktionsgruppen (LAG), wobei durch die EU grundsätzlich die Vorgabe besteht, dass maximal rund 20 lokale Aktionsgruppen für OÖ. bestehen können. Daraus folgt, dass nicht automatisch jede Leaderregion als solche anerkannt wird. Zentrale Grundlagen für das Auswahlverfahren sind:

- Vollständige regionale Entwicklungspläne mit entsprechender Berücksichtigung von Themenschwerpunkten
- Kooperation von Wirtschaft (Tourismus) und Landwirtschaft
- Erneuerbare Energie, Qualifizierung und neue Technologien
- Ausgewogene Zusammensetzung der lokalen Aktionsgruppen
- Installierung und Mitfinanzierung eines professionellen LAG – Managements

Das Auswahlverfahren beginnt vermutlich im Oktober 2007, sodass die Einreichung der Leaderregionenunterlagen voraussichtlich Ende September 2007 abgeschlossen sein muss.

Um dieses Zeiterfordernis erfüllen zu können, ist es notwendig, dass die interessierten Gemeinden möglichst bald erklären, sich zu einer Leaderregion zusammenschließen zu wollen. Darüber hinaus ist es notwendig, umgehend die Ausschreibungsunterlagen so vorzubereiten, dass eine Anerkennung als Leaderregion zu erwarten ist.

Für den Bezirk Wels-Land ist derzeit angedacht, eine Leaderregion mit etwa 15 bis 16 Gemeinden südlich und westlich von Wels zu errichten.

Um die Leaderregion entsprechend zu betreuen und die beschlossenen Projekte voranzutreiben, wird es notwendig sein ein entsprechendes Management, welches nicht mit dem Regionalmanagement gleichzusetzen ist, zu installieren. Diesbezüglich werden auf die Gemeinden vermutlich etwa € 1,50 pro Einwohner und Jahr an Kosten zukommen.

Außerdem ist damit zu rechnen, dass alleine für die Einreichung des Leaderprojektes professionelle Betreuung notwendig sein, und auch da ein Betrag von ca. € 1,00 pro Einwohner aufzubringen sein wird.

Am 18. April 2007 wurde im Gemeindezentrum Fischlham eine Informationsveranstaltung diesbezüglich abgehalten, wobei dort die Vorgabe ausgegeben wurde, dass die Gemeinden ihr Interesse über eine Beteiligung bis 27. April 2007 bekannt geben sollten, damit eine lokale Aktionsgruppe installiert werden kann. Diesbezüglich sollen von jeder Gemeinde 2 Mitglieder nominiert werden, wobei maximal ein Mitglied eine politische Funktion bekleidet und ein Mitglied aus der regionalen Wirtschaft, aus den Vereinen oder einer sonstigen Körperschaft kommt.

Um an diesem Leaderprojekt teilhaben zu können, sind von Seiten der Gemeinde Gunskirchen folgende Erklärungen notwendig:

- a) sich der Initiative zur Gründung einer Leaderaktionsgruppe im Bezirk Wels-Land mit dem Ziel anzuschließen, eine den einschlägigen Kriterien entsprechende Bewerbung zur Aufnahme in das Leaderprogramm 2007 bis 2013 zu erarbeiten
- b) sich an den dafür entstehenden Kosten mit einem einmaligen Beitrag in der Höhe von € 1,00 je Einwohner zu beteiligen und
- c) aktiv an der gemeinsamen Erarbeitung der Leitlinien und Inhalte eines regionalen Entwicklungsplanes mitzuwirken.

Gleichzeitig wird ein aus Vertretern der potentiellen Mitgliedsgemeinden bestehendes Proponentenkomitee mit Unterstützung des Regionalmanagements Wels – Eferding die nötigen Aktivitäten vorantreiben. Das ist insbesondere die Ausschreibung und Vergabe einer externen Beratungsleistung zur Erstellung eines Regionalentwicklungsplanes bzw. die Formulierung der Bewerbung sowie die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Fixierung von möglichen Themenschwerpunkten der Leaderregion im Bezirk Wels-Land.

Selbst wenn vordergründig derzeit keine Projekte für die Gemeinde Gunskirchen in Frage kommen, die sich als Leaderprojekt aufdrängen würden, wird von Seiten des Amtes zu bedenken gegeben, dass sich dieses Leaderprojekt über einen relativ langen Zeitraum erstreckt und Gunskirchen somit von einer weiteren Teilnahme ausgeschlossen wäre.

Ein weiteres wesentliches Argument in Bezug auf die restlichen Gemeinden des Bezirkes, von denen sehr wahrscheinlich alle 16 in Frage kommenden am Leaderprogramm teilnehmen werden, ist, dass auch beim geplanten RIC in Gunskirchen von Seiten unserer Gemeinde eine Beteiligung durch die anderen Gemeinden gewünscht wird.

Würde sich Gunskirchen im Bereich des Leaderprojektes allerdings nicht beteiligen, könnte eine gewisse schiefe Optik entstehen und die bereits getätigten Zusagen in Bezug auf eine Beteiligung beim RIC Gunskirchen möglicherweise auch von anderen Gemeinden nochmals überdacht werden.

Wechselrede

GR Malik sagt, er weiß nicht die wievielte Beschlussfassung diverser Zusammenschlüsse dies schon sei, es werde lediglich zusätzliche Bürokratie und Kosten geschaffen. Wenn er lese, es werde ein Proponentenkomitee geschaffen, welches eine externe Beratungsfirma beauftrage, Projekte zu prüfen, dann halte er dies für wenig sinnvoll und könne dem nicht zustimmen.

GR Dr. Leitner erwähnt die im Amtsvortrag angegebenen Kosten und den Absatz um keine schiefe Optik hinsichtlich der Errichtung des RIC zu erzielen. Er finde es traurig, Millionen

nach Brüssel zu verschiffen um diese über arbeitslose Manager wieder nach Österreich heinzubringen. Er finde es traurig, dass seit 5 Jahren über ein RIC gesprochen werde, welches noch nicht einmal stehe bzw. noch nicht einmal das Grundstück dafür angekauft wurde, geschweige den einen Plan gäbe, wie es errichtet werden solle. Befremdend finde er auch die Vorgangsweise einen Verein gründen zu müssen um vom Land erforderliche Mittel zu erhalten. Es gäbe schon genug unproduktive Vereine dieser Art und er werde aus tiefster Überzeugung diesem Antrag nicht zustimmen.

GR Zepko sagt, er könne mit beiden Lösungen leben, auch sein erster Gedanke war der gleiche. Bei der Informationsveranstaltung in Fischlham wurde bekannt gegeben, es werden in den Jahren 2006 bis 2013 rund 84 Millionen Euro für entsprechende Projekte bereitgestellt, welche bei einer Absage an der Marktgemeinde Gunskirchen gänzlich vorbeigehen würden. Wenn es in 4 – 5 Jahren ein Projekt gäbe, bei dem ca. 3 Millionen Euro einfließen würden, wären die Ausgaben der Marktgemeinde Gunskirchen kompensiert. Es erscheine ihm möglich in 7 Jahren ein Projekt zu schaffen, welches für die Verantwortlichen förderungswürdig sei. Bei der Kritik an der Projektgruppe sagt er, handle es sich um Einmalkosten für die Vereinsgründung und die Erarbeitung der Projekte welche aus seiner Sicht nur von externer Seite getätigt werden können.

Weiters fragt er, warum Mag. Mittermayr in das Gremium berufen werden soll, gegen den er persönlich nichts habe, aber das Gremium lediglich aus 50 % Politikern und sonst aus Fachkräften der Wirtschaft, Kultur und Sport bestehen solle.

VbGm. Sturmair sagt, er gäbe grundsätzlich seinen Vorrednern Recht, er als Landwirt sei jedoch mit Brüssel mehr behaftet und mit dieser Situation auch nicht immer glücklich. Es habe früher die Ziel 5 B Gebiete gegeben, welche nur bestimmte Regionen gefördert haben, was dem restlichen Teil des Landes aufgestoßen habe. Mit der Leaderregion wolle man eine flächendeckende Förderung ausgenommen der Städte schaffen. Es gehe um die grundsätzliche Frage, will man Gelder aus Brüssel holen oder nicht.

Zur Person Mag. Mittermayr informiert er, dieser sei in diese Richtung tätig und habe einschlägige Kenntnisse. Aus verlässlicher Quelle wisse er, dass derartige Töpfe in Brüssel derzeit voll seien. Mag. Mittermayr sei als Unternehmensberater und nicht als Politiker in diesem Gremium vertreten.

GR Malik meint, es heiße das schönste Projekt nichts, da es ein Auswahlverfahren gäbe und damit nicht gewährt sei, dass Gelder nach Gunskirchen fließen.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger ergänzt, die Hauptfrage sei, dass man als Leaderregion anerkannt werde. In diesem Fall werden die Projekte in dieser Region gefördert. Sollte man nicht anerkannt werden, kämen lediglich die € 1,00 pro Einwohner zur Auszahlung und alle folgenden Kosten nicht mehr.

GR Luttinger fragt, wie groß die Wahrscheinlichkeit geschätzt werde, als Leaderregion zugelassen zu werden.

Amtsleiter Mag. Stürzlinger antwortet, der Vorlauf für dieses Projekt sei falsch gelaufen, man müsse in kürzester Zeit entscheiden, ob man beitrete oder nicht. Wäre rechtzeitig die Information hinausgegangen hätten Projekte vorgestellt werden können, womit eine Entscheidung für die Beschlussfassung einfacher wäre. Als mögliches Projekt nennt er den Waldlehrpfad, welcher beim Sturm Kyrill derart geschädigt wurde, dass die Stadt Wels eine Wiederherstellung nicht mehr anstrebe

Bauamtsleiter Herr Mallinger zeigt anhand einer Powerpointpräsentation die Reste des Waldlehrpfades in der angrenzenden Au auf Welser Stadtgebiet.

Der Bürgermeister ergänzt, dies wäre ein Projekt, welches die Marktgemeinde Gunskirchen wahrnehmen könnte, um in den Genuss einer Förderung zu kommen.

Antrag: (Bgm. Karl Grünauer)

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Gemeinderat der Marktgemeinde Gunskirchen stimmt grundsätzlich dem Beitritt zu einer Leaderregion im Bezirk Wels-Land unter den oben genannten Bedingungen zu. Als Mitglieder wurden Bgm. Karl Grünauer und Mag. Hermann Mittermayr nominiert.“

Beschlussergebnis:

- 21 JA-Stimmen (Bgm. Grünauer, Vbgm. Sturmair, GV Dr. Loizenbauer, GR Wambacher, GR Pühringer, GR Zepko, GR Mag. Reinhofer, GR Feischl, GR Buchinger, GR Seiler, GR Gruber, GR Luttinger, GR Hanis, GR Klein, GR Block, GR Wimmer, GR Mayrhuber, GR Egerer, GR Weidinger, GR Rückel und GR Knoll)**
- 7 NEIN-Stimmen (GR Dr. Leitner, GV Mag. Wolfesberger, GR Adami, GV Dr. Kaiblinger, GR Malik, GR KommR Oberndorfer und GR Kogler)**
- 3 Stimmenthaltungen (GR Mair, GR Fillip und GV Sammer)**

ALLFÄLLIGES

Veranstaltungen

GV Dr. Loizenbauer informiert über folgende anstehende Veranstaltungen:

Lesung Christoph Ransmayr anlässlich des 15. jährigem Bestehen der Bücherei am 27. April 07, um 19.30 Uhr in der Landesmusikschule Gunskirchen

Die Bediensteten des Bauhofes und des Amtes stellen am 30. April 07, um 17.00 Uhr am Marktplatz einen Maibaum für die Bevölkerung auf. Hiezu seien alle herzlich eingeladen.

Am 5. Mai 2007 um 10.30 Uhr findet beim KZ-Denkmal die jährliche KZ-Gedenkfeier statt, bei der unter anderem der bekannte Schauspieler Harald Krassnitzer referiert.

Geburtstage

Der Bürgermeister gratuliert folgenden Mitgliedern des Gemeinderates zu deren begangenen Geburtstagen.

Vbgm. Josef Sturmair	13. April
GR Michael Seiler	20. April
GR Arno Malik	20. April

Zum Protokoll der letzten Sitzung gab es keinen Einwand.

Schriftführer

Bürgermeister

Karl Zwirchmair

Karl Grünauer

Gemeinderat

Gemeinderat

Dr. Franz Loizenbauer

Arno Malik

Mit/ohne Erinnerung genehmigt am _____.

Bürgermeister
Karl Grünauer eh.

Schriftführer
Karl Zwirchmair

Gemeinderat
Dr. Franz Loizenbauer eh.

Gemeinderat
Arno Malik eh.

F.d.R.d.A.: